

O 001 DGB-Bundesjugendausschuss

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Nichtbefassung

Verbesserung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Strukturen in der Jugend- und Jugendbildungsarbeit

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB setzt sich auf allen Strukturebenen für eine Verbesserung der Arbeitssituation der Haupt- und Ehrenamtlichen in der Jugend- und Jugendbildungsarbeit ein.

Die Jugend- und Jugendbildungsarbeit im DGB wird zumeist von jungen Kolleginnen und Kollegen erbracht, die über längere Zeit ihr ehrenamtliches Engagement in die Mitgliedsgewerkschaften oder den DGB eingebracht haben. Diese Kolleginnen und Kollegen müssen einen hohen Grad an Kompetenz im Umgang mit verschiedensten Menschen und Lebenssituationen haben. Es ist diesen Kolleginnen und Kollegen durch eine Sicherung des leichten Zugangs zu allen strukturellen Ressourcen des DGB Wertschätzung entgegenzubringen.

Jugendbildungsarbeit braucht Kontinuität: Jede freiwerdende Stelle (auf allen Ebenen) muss vom DGB sofort und ohne Vakanz wiederbesetzt werden. Auch längere Abwesenheiten (Krankheit, Mutterschutz und Elternzeit) dürfen keine "Löcher" entstehen lassen. Voraussetzung ist, dass alle Kolleginnen und Kollegen vollwertige Arbeitsverträge besitzen und dies unabhängig von den öffentlichen Fördermitteln. Gewerkschaftliche Forderungen müssen für die eigenen Reihen gelten. Die politische Vorbildfunktion des DGB wurde oft erwähnt, wird aber nicht umgesetzt. Jugendbildungsarbeit braucht gesicherte und flexible Finanzen: Die starke Fluktuation der Hauptamtlichen in der Jugendbildungsarbeit bleibt weiterhin bestehen. Dies führt immer wieder zu Einbrüchen in der Arbeit vor Ort. Diese Einbrüche könnten durch sinnvolle Einarbeitung, flexiblen und ausreichenden Mitteleinsatz abgeschwächt werden.

DGB-Jugendbildungsarbeit braucht eine wertschätzende Haltung und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Gesamtorganisation. Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen in der Jugendbildungsarbeit wird immer wieder die mangelnde Wertschätzung der Gesamtorganisation DGB entgegengebracht. Eine Eigenständigkeit als Jugendhelfeträger ist unabdingbar, um öffentliche Mittel einzuwerben. Dennoch wird darauf verzichtet, die Jugend an der Personalpolitik partizipieren zu lassen und sich in den Gremien des DGB aktiv einzubringen (vgl. Eckpunktepapiere der Vorsitzenden aller Mitgliedsgewerkschaften 2008 und Veränderung 2009).